



Fotos: AP / Darko Vojnovic, Reuters / Mark Makela

1987 errang Slobodan Milošević in Serbien die absolute Macht, 30 Jahre später zog Donald Trump ins Weiße Haus ein. Ihre Wege weisen beängstigende Ähnlichkeiten auf.

Unheimliche Parallelen unaufhaltsamer Aufstiege

Vom Amselfeld zum Capitol: Der Werdegang und die politische Rhetorik des 45. Präsidenten der USA erinnern frappant an jene des serbischen Autokraten Slobodan Milošević. Beide nutzten eine Krise der nationalen Identität zu Machtergreifung und -erhalt.

Filip Radunovic

Ein heißer frühlingsmorgener Nachmittag Ende des 20. Jahrhunderts in Fushë Kosova, am Gazimestan auf dem Amselfeld. Die offizielle Gedächtnisfeier, organisiert vom Bund der serbischen Kommunisten zur Begehung des 600. Jahrestags der Schlacht auf dem Amselfeld, die im frühen Mittelalter in die Annalen des serbischen Volkes als große historische Schmach gegen die ottomanischen Besatzer einging, als die größte Niederlage, die man seither immer wieder feierte und die von Nationalisten als Teil der eigenen Identität hochstilisiert wurde. Spätestens an diesem 26. Juni 1989 trat jener Mann auf die Bühne der Welt-politik, der später als Schlächter des Balkans bekannt werden sollte – Slobodan Milošević.

Und es war seine Brandrede, die am religiösen Volksfeiertag Vidovdan – der in der serbischen Tradition in historisch-mythisch überhöhter Verbindung zum Amselfeld steht – als wesentlicher Schritt auf dem Weg in die Kriegswirren der 1990er-Jahre gewertet wird. Sozusagen als einer der wichtigsten Belege für die militant-nationalistische Gesinnung der zukünftigen Politik Miloševićs.

Was hat dieser historische Auftritt im Kosovo nun mit der Inauguration des 45. Präsidenten der USA zu tun?

Während der letzten Wochen hat Timothy Snyder, Professor für osteuropäische Geschichte und Holocaustforscher an der Yale

Universität, international für viel Aufsehen gesorgt, indem er den Aufstieg Donald Trumps strukturell mit jenem Adolf Hitlers verglich – mit Verweis auf bestimmte Phänomene aus der Geschichte, die sich zwar nicht unbedingt wiederholen, aber auf bestimmte Prozesse und Muster dringend aufmerksam machen. So auch groß erwartete Reden, die als richtungweisend gesehen bzw. im Nachhinein historisch verwertet werden. Dafür muss man nicht erst in die 1930er-Jahre zurückblicken – es reicht auch ein Blick in die nicht allzu ferne Vergangenheit, um sehr nüchtern ernste Muster zu erkennen.

Obwohl die Krise der serbischen Identität und die kritische Selbstfindung des serbischen Volkes ab Anfang der 1980er-Jahre als Instrumente der politischen Manipulation nicht mit der aktuellen Politik des neuen US-Präsidenten direkt vergleichbar sind, so lassen sich aus den Auftritten der zwei politischen Akteure, Milošević 1989 und Trump vor einigen Tagen, doch ernsthafte strukturelle Vergleiche ableiten.

Serbiens Ethnonationalismus

Milošević nutzte Ende der 1980er-Jahre die damaligen gesellschaftspolitischen Probleme in Jugoslawien und projizierte in diese u. a. auch die Krise der serbischen nationalen Identität, während Trump die akute globale Krise des politischen Establishments für die Projektion einer Neudefinition der nationalen Einheit der USA nutzt. Verwendete Milošević den

jugoslawischen Staatssozialismus ursprünglich als Fassade für den aufkommenden Ethnonationalismus, behauptend, dass alle Völker in Serbien vereint wären, so hebt Trump die USA als multiethnische Gemeinschaft hervor, wo jeder, unabhängig von Hautfarbe, „das gleiche Blut für sein Land in sich trägt“.

Dass diese Aussagen im Kontrast zur getätigten bzw. angekündigten Realpolitik stehen, muss an dieser Stelle nicht weiter elaboriert werden. Beide äußern auch, dass sie revolutionären Bewegungen vorstehen, die lange unerfüllten gesellschaftspolitischen Erwartungen entsprechen werden: der jahrhundertlang erwarteten Vereinigung aller Serben und der aktuellen Revolte des amerikanischen Volkes.

Kämpfer für die Vergessenen

Beide Politiker wollen, dass ihre Zugänge auch anderen als Vorbild für ein modernes National- bzw. Staatsdenken dienen, in dem die jeweils eigene Nation an erster Stelle kommt. 1989 ging es um die vergessenen Serben und 2017 um die „vergessenen Männer und Frauen der USA“.

Und so wie Serbien 1389 die Grenzen Europas vor dem feindlichen Islam schützte, so haben auch die USA anhand horrender Unkosten fremde Grenzen geschützt und die zivilisierte Welt verteidigt. Das Vorwegnehmen, dass man der Einzige ist, der die Stimme des Volkes – und zwar jenes, dessen Stimme bis jetzt nicht erhört wurde – wahrnehmen kann, gehört genauso zum Inhalt von Miloševićs wie auch Trumps Rede.

Obwohl zeitlich, geografisch und vor allem geopolitisch weit auseinander, lassen sich innerhalb beider Auftritte – semantisch sowie syntaktisch – starke Parallelen feststellen, die einer vertieften wissenschaftlichen Auseinandersetzung bedürfen.

Die festgehaltenen Vergleiche können aber als Indizien gesehen

werden, die ein ähnliches realpolitisches Verständnis implizieren. Um dieses nachzuvollziehen, sollte man sich an den Werdegang von Milošević erinnern, vom hoffnungsvollen jungen Banker über den kommunistischen Apparatschick und nationalen Ideologen bis hin zum kriegsführenden Diktator. Das wirklich Brandgefährliche dabei war der Umstand, dass im Vordergrund dieser Wandlungen lediglich ein wertebefreites Motiv stand: zuerst die reine

Machtmaximierung und später deren bloßer Erhalt. Um jeden Preis. Der Preis auf dem Balkan waren hunderttausende Tote und Vertriebene.

Es bleibt nun die Realpolitik der USA abzuwarten und zu hoffen, dass diese ursprünglichen Parallelen auch nur solche bleiben.

FILIP RADUNOVIC (Jg. 1982) ist Sozialwissenschaftler mit den Arbeits- und Forschungsschwerpunkten EU-Policy, Osteuropa und Zivilgesellschaft.

GERFRIED SPERL

Sobotka zwischen Nestroy und Orwell



In den USA ist George Orwells 1948 erschienener Überwachungsroman 1984 über Nacht wieder zum Bestseller avanciert.

In Österreich könnte eine schnell geschriebene Burleske mit dem Titel *Sobotkas Taxlertruppe* ein Bühnenerfolg werden. Was ließen sich doch für groteske Szenen erfinden, wenn an einer Grenze oder in deren Weichbild schnell eingeschulte Taxifahrer „Reisedokumente“ ihrer Fahrgäste kontrollieren.

Müssten die sich nicht vorher als österreichische Staatsbürger ausweisen? Oder was, wenn ein Taxler – aus dem Irak gebürtig – behauptet, ein Beauftragter des Innenministers zu sein? Das Chaos wäre vorprogrammiert, weshalb es einer Untersuchung wert wäre, den Urheber dieser abstrusen Überwachungs-idee zu ermitteln. Ist es einer der höheren Beamten? Oder gar Sobotka selbst, weil er Donald Trumps Einfallsreichtum übertreffen möchte?

Von der Ausweiskontrolle zum Spitzelbericht ist es dann nicht mehr weit. Umso mehr, als diese Spezies nicht beamteter, auch nicht fix angestellter Spione in Österreich Tradition hat. Im Metternich-System der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vermutete man sie an jeder Straßenecke, und sogar die Fiaker wurden verdächtigt, für das Ausplaudern vermeintlicher Geheimnisse bezahlt zu werden.

Dieses Ausplaudern besorgt heutzutage der Boulevard. Wie im Falle eines Terrorverdächtigen in Wien, als die *Kronen Zeitung* so gut unterrichtet wurde, dass sie punktgenau an Ort und Stelle war.

Ausweiskontrolle und Überwachung, natürlich elektronisch, kann man ja immer weiter treiben. Und nach jedem Terrorfall (wie in Deutschland) verlangen, dass „die Sicherheitsmaßnahmen verschärft werden sollen“. Bis am Ende Soldaten bei ihrem „Assistenzeinsatz“ an den Grenzen nicht mehr nur Großmärkte nach Geschäftsschluss absperrten oder mit älteren Witwen Kaffee trinken, sondern Häuser aufbrechen dürfen, weil ihnen ein Taxler jemand Verdächtigen gemeldet hat. Schöne Aussichten.

Wer aber sorgt dafür, dass „Gefährder“, die man monatelang im Visier hatte, aber plötzlich „verlorengehen“, am Massenmord gehindert werden? Terroranschläge in Frankreich und Deutschland waren solche Fälle. Den verantwortlichen Politikern ist deshalb vorzuwerfen, dass sie vor allem die „gefühlte“ Sicherheit erhöhen wollen, weil sie die tatsächliche nicht verstärken können.

Die Sicherheitspolitik pendelt zwischen Nestroy und Orwell – vermehrt um eine neue Erzählung namens „Trump“. Ohne Zynismus: Vielleicht hat die Politik des neuen amerikanischen Präsidenten auch ihr Gutes, weil sie uns vorzuführen beginnt, wohin eine überzogene Law-and-Order-Politik führen kann.

Auf solche Weiterungen zu warten, bis beispielsweise Flughäfen vor lauter Kontrolle unkontrollierbar werden, ist nicht akzeptabel.

In Österreich birgt das Zusammenspiel zwischen dem schwarzen Sobotka und dem roten Doskozil ähnliche Gefahren. Dann geht es nicht mehr nur um Nestroys Theaterkabbaret, sondern um Wirklichkeit gewordene Szenarien Orwells. gerfried.sperl@derstandard.at
[derStandard.at/Sperl](https://twitter.com/derStandard/Sperl)

LESERSTIMMEN

Kompetenz um jeden Preis

Betrifft: „Digitale Kompetenzen schon ab der Volksschule“ von Gudrun Ostermann

DER STANDARD, 24. 1. 2017

Unsere Politiker wollen unsere Kinder und Jugendlichen um jeden Preis digital kompetent machen. Dafür soll medienwirksam ab sofort viel Geld und (Schul-) Zeit investiert werden. Alle Pflichtschüler, wahrscheinlich bald jedes Kindergartenkind, sollen mit Tablets ausgestattet werden, Breitbandinternet wird alles noch schneller machen.

Laut wirklichen Fachleuten – statt „Experten“ aus Wirtschaft und Politik – erreicht man damit das Gegenteil. Warum fragt man nicht den Arzt und Hirnforscher

Prof. Dr. Manfred Spitzer oder den Medienpädagogen Prof. Gerald Lembke, die beide vor dem Arbeiten am PC bis zum Alter von zwölf Jahren ausdrücklich warnen?

Warum nimmt man sich nicht an der IT-Elite in Silicon Valley ein Beispiel? Die hält generell ihren hoffnungsvollen Nachwuchs möglichst lange vom Bildschirm ab und baut für sie Waldorfschulen, denn sie wissen, was sie tun.

Auch der legendäre Steve Jobs bezeichnete sich selbst übrigens als „low-tech parent“, der seine Kinder viel lieber im Freien spielend lernen sah und den Medienkonsum seiner Kinder sehr streng begrenzte und kontrollierte.

Walter Koren
4560 Kirchdorf

Kein Plan für nachher

Betrifft: Koalitionskrise

Bitte keine vorzeitigen Wahlen. Die österreichische Bevölkerung hat durch kluges Wählen einen Norbert Hofer als Bundespräsidenten glücklich verhindert, jetzt streiten die Regierungsparteien, wessen Plan der bessere sei.

Wenn sie sich nicht bald einigen, kommt Strache, dessen einziger Plan es ist, die EU zu zerstören. Er streitet das zwar immer ab, aber die intensiven Verbindungen zu Marine Le Pen, AfD, Geert Wilders und anderen europäischen Rechtsparteien strafen ihn Lügen. Was aber nach der EU kommen soll, dafür haben die Rechten keinen Plan mehr.

Gerhard Berent
1230 Wien